

Zur gerade Weg

Heute beginnt
Seltsame Indienfahrt eines deutschen Mädchens

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH
Schriftleitung u. Verlag: München, Schellingstraße 39, II. Hof
Postcheckkonto München Nr. 2426 / Telefon Nr. 24589

Donnerstag
Kämpferische

Einzelverkauf: 20 Pf., 30 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatlich 90 Pfennig einschließlich Zustellgebühr und kostenloser Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 7

München, den 14. Februar 1932

4. Jahrgang

Seker, Verbrecher und Geistesverwirrte

Führertum und Presse der Hitlerbewegung

Der Hausaltar des Nationalsozialisten

Von Ida Wegner.

Der „Wöllische Beobachter“ hat in den wenigen Tagen seines Wiedererscheinens nach dem unglücklichen Verbot der bayerischen Staatsregierung in einer sehr erfreulichen Weise nach verlebtem Hinsicht die Maste fallen lassen. So findet sich an erster Stelle der Bayernausgabe vom 10. Februar die Erklärung „Sitterjunge Georg Preller“ und S.M. Mann Hans Karner sind verbrecherischen Anschlägen der Schwärzler zuzurechnen. In der vorausgehenden Nummer wird an erster Stelle groß eine Befehlsgangfolge Dr. Fritzs in Sachen Staatsangehörigkeitserteilung an Adolf Hitler angeknüpft und dabei auf einen Aufsatz im Innern des Blattes verwiesen, der die Überschrift „Die Schande der Münchener Presse. Zu den Erörterungen über die Staatsangehörigkeit Adolf Hitlers“ trägt. Der Aufsatz des „Wöllischen Beobachters“ beginnt mit folgender Erklärung:

Die Sprache des

„Völkischen Beobachters“

Während der Verbotswache des „V.“ verhielten die Spitzenparteien zu einem Defensiv- und nicht zu einem Offensiv-Verhalten. Aus der Absicht des Ministers Dr. Fritze, Adolf Hitler die ihm bis heute potentiell zugehörige deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen, hat die schwarzrote Presse eine Sensation gemacht. Daß es sich dabei um das übliche Wahlmanöver handelte, zu dem die Feinde der N.S.D.A.P. bis jetzt gegriffen haben, hat sich allerdings sehr bald herausgestellt. Die nationalsozialistische Parteiorganisation (Festler 17 vom 4. Februar) hat die Freilichkeit sofort pariert. Denn nicht der Umstand, daß Minister Dr. Fritze als einziger deutscher Minister den anerkanntesten Mut hatte, das peinliche Verurteilen des bayerischen Staates wieder gutzumachen, steht zur Debatte, sondern die Sprache, die darin besteht, daß man einen deutschen Frontkämpfer, der vier Jahre im Felde Land und Blut und Leben fürs Vaterland einsetzte, die von ihm damit erworbenen Staatsangehörigkeit vorenthält. Und die noch größere Schande, die in dem Verhalten einer gewerhabilitierten Presse zum Ausdruck kommt, die heute noch die Schamlosigkeit besitzt, darüber Wärm zu schämen, daß der Führer der deutschen Freiheitsbewegung überhaupt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten könnte. Diese Geinnung ist so mildermerzig, daß man sich nur erklaunt fragt: was müssen das für hohle erfallene Geleiten sein, die offenbar gar nicht mehr in der Lage sind, ihre eigene Schande zu erkennen.

Es ist nicht wahr ...!

Es ist natürlich nicht wahr, daß die „Schwarzen“, das heißt die sich zur hitlerföhligen Weltanschauung bekennenden Parteien Deutschlands und ihre die katholische Lehre praktizierenden Anhänger eine „Frontfront“ bilden und Hitlerjungen und S.M.-Leute ermorden. Und obwohl wenig ist es wahr, was die Redaktion des „Wöllischen Beobachters“ hier behauptet, nämlich daß Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit vorenthalten worden ist. Sie ist ihm nur nicht nachgetragen worden, nachdem er es bisher ständig unterlassen hat, sich darum zu bewerben.

Der „Bayerische Kurier“ hat bereits in Nr. 37 vom 6. Februar 32 die Tatsache veröffentlicht, daß Hitler sich bisher noch nie ernstlich um die deutsche Staatsangehörigkeit bemüht hat. Diese Erklärung wird auch nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß der in München wohnende Dr. Traub in der „Münchener Anzeiger“ Abendzeitung, nach dem Erscheinen des „Bayerischen Kuriers“ einen Aufsatz veröffentlichte, in welchem er behauptet, sie zu behandeln, als ob die Erklärungen des „Bayerischen Kuriers“ gar nicht erschienen wären. Wie selbst haben uns in unserer Nr. 3 vom 17. Januar 1932 für die Verteilung der

Wenn wir von der Tatsache ausgehen, daß der Hitler in den Kirchen beider Konfessionen den Sonntags- und Mittelfesttag ausmacht, um den sich das kirchliche Leben dreht, so können auch Andersdenkende nichts dagegen sagen, wenn wir in unserm Sinne in München, das der Ehrung Hitlers dient, mit Altar bezeichnen.

Hitler ist das A und O unserer Weltanschauung. Ist der unerrückbare Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß eine Tafel, einen Platz haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist und unsere Gedanken ihn merkbar umkreisen können. In solcher Stille müssen ihm auch heilige Dinge Sünde und Sengen täglich kleine Ehrungen in Form von Blumen und Ranken darbringen, wie wir es ja mit Bildern unserer Lieben auch tun, um zu zeigen, wie lieb und wert sie uns sind. Wer nur über bescheidene Mittel verfügt, wird ein Bild unseres Führers auf einem geeigneten, kleinen Tisch aufbauen, und diesen in geeigneter Weise schmücken. Wer heute noch eine etwas vollere Börse hat, wird sich eine gute Tafel mit von Hitler befohlen oder ein große Bild von ihm, eine Hofzerlehnung oder ein Oelbild.

Einen solchen Altar errichten wir uns nicht etwa in einem abgelegenen Zimmer, sondern in den von uns am meisten benutzten Räumen, die auch fremden Menschen jederzeit zugänglich sind. Denn wird unser Altar auch gleichzeitig zu einem weihen wahrnehmbaren Zeugnis, daß von sich aus und ohne Befehle nachdrücklich einwirkt und oft mehr ausstrahlt, als hundertlanges Reden. Ja sage das aus Erfahrung, denn ich habe höchst interessante Beobachtungen machen können, die ich jedem Parteigenossen ebenfalls von Herzen wünsche.

Der tiefe Sinn eines solchen politischen „Hausaltars“ mit dem Bilde Hitlers liegt jedoch darin, daß bei der täglichen Beschäftigung damit, wenn man die Blumen frisch ordnet usw., all unsere guten, christlichen Bünde für unseren Führer und sein Werk jedesmal neu und lebhaft in unsern Herzen em-

porfalten. Wünsche aber, wenn sie ehrlich gemeint sind, besitzen die Kraft des Gebetes, und diese kann Hitler und können wir alle heute mehr als je gebrauchen, wenn wir bedenken, daß wir uns dem Endkampf nähern



und unsere Feinde nichts unversucht lassen werden, uns diesen zu erlauben. Gedanken und Wünsche sind Kräfte. Das weiß wohl jeder von uns. Unterlassen wir diese Kräfte nicht. Wir wissen, daß der Geist es ist, der den Stoff beherrscht. Und das gilt auch für unseren Endkampf für das Dritte Reich. Die Flut von Gift und Galle, die der Feind täglich und stündlich gegen Hitler und seine Bewegung durchspritzt, kann wirksam von jedem von uns durch starke Segenswünsche für Hitler bekämpft werden. Wenden wir also diese geistige Waffe ausgiebig und nachdrücklich an, dann sie übertrifft an Wirksamkeit alle anderen. Heil Hitler!

Der Gipfel der Verrücktheit

Ein Originalartikel mit entsprechendem Bild, der im Jahre 1932 in der nationalsozialistischen Presse geschrieben und gedruckt werden kann! Man braucht den Worten der wackeren Ida nichts hinzuzufügen. Heil Ida! (Faksimile aus der „Preussischen Zeitung“ vom 29. 1. 1932)

Staatsangehörigkeit an Hitler ausgesprochen, weil auch wir damals glauben, er habe sich um sie bemüht, sie sei ihm aber verweigert worden. Wir behaupten, daß wir uns in einem Atem belanden, und stellen ihm hiermit richtig, Alles, was der „Wöllische Beobachter“ also über die „Korenhaltung“ der Staatsangehörigkeit an Hitler schreibt, fällt als unbegründetes Gerücht in sich zusammen.

Hitlers Militärdienstpflicht

Im Zusammenhang mit dieser Frage ist aber noch ein anderer Punkt aus Hitlers Leben zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden. Das ist sein im Auslandgeben vor dem österreichischen Militärdienst in der Zeit vor dem Weltkriege. Die „Münchener Post“ ging in Nr. 5 vom 8. Januar 1931 mit der Veröffentlichung dieses Tatbestandes voran. Der „Münchener Anzeiger“, der dem bayerischen Ministerpräsidenten nahesteht, und ebenso die „Münchener Anzeiger“ bekräftigten ihn nach dem Regensburger Anzeiger vom 9. Februar ist der Tatbestand bezüglich Hitlers „Vertreten“ vor dem

pfllichtgemäßen Militärdienst eines österreichischen Staatsbürgers und bezüglich seiner derzeitigen Staatsangehörigkeit der folgende:

Die Frage um Hitlers Staatsangehörigkeit kommt nicht zur Ruhe. Das Argument, Hitler habe doch vier Jahre in der deutschen Armee gedient und sich die deutsche Staatsangehörigkeit verdient, wird neuerdings mit besonderem Nachdruck ins Feld geführt. Nun ist aber andererseits Tatsache, daß Hitler 1912 aus Österreich ging, um sich dem Militärdienst zu entziehen. Als 1914 der Krieg ausbrach, hatte er zwingungsweise von Bayern an Österreich ausgeliefert werden müssen, wäre aber von Österreich dann als Refraktär behandelt worden. Das mag ein Grund für ihn gewesen sein, zu Anfang des August 1914 ein Gesuch an den König von Bayern zu richten und sich als Kriegsteilnehmer zu melden. Es ist also nicht ganz unrichtig, wenn gesagt wird, Hitler habe eigentlich durch Militärdienstpflicht die Staatsangehörigkeit verloren und die deswegen heute kannten. Warum er in den Jahren 1922/23 nicht die Staatsangehörigkeit erworben hat, ist rätselhaft. Er hätte sie damals wohl leicht haben können. Hit-

ler glaubte immer an die baldige Erlangung der „Macht“ und vermaßte dem formalen Weg über die demokratische oder auch im nationalsozialistischen Jargon „Novemberegierung“ und ihre Nachfolger, die er im Grunde seines Herzens verachtete. Mit dem baldigen „Wiederauftritt“ ist es aber 1923 ebenjüngst etwas geworden wie 1930/31. Am 9. November stellte der damalige „Wöllische Beobachter“ im Bayerischen Landtag eine Anfrage (nachdem der Reichstag Hitler geächtet und Hitler unter Anklage gestellt war) wegen der Einbürgerung Hitlers. Nach dem Novembertag war nämlich beschloffen, Hitler nach Österreich auszusenden. Ministerpräsident Dr. Held stellte im Bayerischen Landtag damals fest, daß sich bereits im März vor Erlaß des Urteils im Hitler-Brosch die zuständige Reichsbehörde im ordnungsmäßigen Verfahren an die zuständige österreichische Behörde mit dem Ersuchen gewandt habe, die österreichische Staatsangehörigkeit Hitlers zu erkennen und sich für den Fall seiner Ausweisung zu seiner Übernahme bereit zu erklären. Diesen Erlaß habe die Reichsbehörde jedoch auch in welchem Umfang entprochen. Die österreichische Bundesregierung in Wien dagegen habe sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. Daraufhin sei die bayerische Regierung in Wien nochmals vorstellig geworden, die Angelegenheit solle neuerdings überprüft und unter Anerkennung der österreichischen Staatsangehörigkeit Hitlers die an die Grenzstelle ergangene Weisung zurückgenommen werden. Somit der Ministerpräsident, Preußner hat sich die Bundesregierung auch später nicht dazu entschließen können, Hitler, der sich dem österreichischen Militärdienst entzogen hatte, entgegenzunehmen. Hätte nun die bayerische Regierung nach 1924 Hitler untertänigst bitten sollen, die Staatsbürgerschaft anzunehmen, wie sich viele das heute im Reich der Hitler-Führer so vorstellen, nachdem Hitler rechtskräftig beurteilt war und ein offizielles Gesuch von ihm wegen Verteilung der Staatsbürgerschaft nicht beantragt worden ist?

Das Wichtigste der Woche

In Litauen wurde der bisherige Staatspräsident Pilschke von der litauischen Bewegung „abgesetzt“ und zunächst verhaftet. Es wird ihm angeblich „Vanderverrat“ vorgeworfen, doch dürfte diese Anschuldigung reines Zusammenbilden. Deutscherseits wurde gegen die der Reichsministerien widerprechenden Umtriebe scharf eingegriffen beim Völkerverbund erhoben. Die Verhörung der litauischen Vertreter mißglückte, so daß dort Ende dieser Woche ein Delegat zur Verantwortung vor dem Völkerverbund erschießen wird.

Für die kommende Reichspräsidentenwahl dürfen nunmehr drei Kandidaten in Betracht kommen. Neben dem Feldmarschall von Hindenburg werden noch die Nationalsozialisten und die Kommunisten je einen Gegenkandidaten aufstellen.

Nach einer Besprechung zwischen Stalin und dem Chef der russischen Marine, Flucht, wurden zum Schutz gegen etwaige Verwicklungen an der russischen Grenze gegen die Mandchurei die dort stationierten Truppen auf 80000 Mann vergrößert. Außerdem wurde ein Flugzeuggeschwader nach Wladimir entsandt.

Der Reichstag tritt nunmehr einberufen am 23. Februar zusammen. In der ersten Sitzung wird der Termin der Reichspräsidentenwahl festgelegt, für den Reichsministerpräsident Groener den 13. März vorschlagen will.

Edgar Wallace, wohl der bekannteste Romanautor der Gegenwart, der über 150 Detektivromane und zahlreiche Theatertexte schrieb, ist plötzlich an einer Lungenentzündung im Alter von 57 Jahren verstorben.